



Die Stadt Quedlinburg will neue Industrie- und Gewerbeflächen ausweisen. Interessierten Unternehmen soll erneuerbare Energie aus Windkraft und Solarparks zur Verfügung gestellt werden.

SYMBOLFOTO: KARL-JOSEF HILDENT

„Zukunftsprojekt Morgenrot“

Unterstützt Quedlinburg das Projekt und stehen bald Windräder im Welterbe? Was sich dahinter verbirgt und wie es weitergehen soll.

VON PETRA KORN

QUEDLINBURG/MZ. Entstehen zwischen Quedlinburg und Morgenrot nahe der Autobahn 36 weitere große Areale für Industrie und Gewerbe und hier wie östlich davon zudem Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien? Das soll jetzt - mit Zustimmung des Stadtrates - durch die Stadtverwaltung aktiv unterstützt werden: Quedlinburg, sagt Oberbürgermeister Frank Ruch (CDU), habe hier die Chance, „auch mal vorn zu sein“.

Probleme durch Altlasten?

Die Verwaltung erreichten wiederholt Anfragen zu Gewerbeflächen ab 50 Hektar. „Als eine der ersten Bedingungen“ werde immer die Versorgung mit erneuerbaren Energien genannt, berichtete der OB im Stadtrat. Dabei gebe es die Möglichkeit, verschiedene

Formen der Erzeugung zu kombinieren, um die Bedarfe zu bedienen. So könnten entlang der Autobahn Photovoltaik-Anlagen entstehen und an der Grenze zum Salzlandkreis auch Windenergie-Anlagen. Allein mit Photovoltaik könnten die Energiebedarfe nicht gedeckt werden.

Wenn es gelinge, das „Zukunftsprojekt Morgenrot“, wie Ruch es nennt, zu realisieren, „dann ist für die Zukunft Quedlinburgs einiges getan“: Allein durch die Kommunalabgaben erhalte die Stadt dann Einnahmen „weit oben im sechstelligen Bereich. Obendrauf würde irgendwann noch die Gewerbesteuer kommen.“ Zudem erinnerte er an die Aussage von Stadtwerke-Geschäftsführer Eiko Fliege, dass eine Ansiedlung von Rechenzentren, in denen viel Abwärme entstehe, von großem Vorteil für die kommunale Wärmeplanung wäre. Grundsätzlich sei dem Vorha-

ben zuzustimmen, befand Christian Schickardt (SPD). Er hätte aber gern zum Beschlussvorschlag für den Stadtrat Kartenmaterial, das im Hauptausschuss kurz gezeigt worden sei, beigelegt gesehen und das Thema vorab im Bauausschuss diskutiert.

Flächen gehören nicht Stadt

Die Flächen, über die gesprochen werde, befänden sich nicht im Eigentum der Stadt, entgegnete der Oberbürgermeister. Daher werde die Verwaltung erst Kartenmaterial herausgeben, wenn der Stadtrat sich grundsätzlich dazu bekannt habe, das Projekt zu unterstützen.

Gegen das Projekt sprach sich AfD-Fraktionsvorsitzender Reinhard Fiedler aus: Wenn es nur um Photovoltaik ginge, könnte darüber geredet werden; aber seine Fraktion sei strikt gegen Windräder.

Mit einem Grundsatzbeschluss zur Schaffung von Industrie- und Gewerbeflächen und Flächen für erneuerbare Energien an der A 36 werde eine wichtige Weiche für die Stadt gestellt, sagte CDU-Fraktionschef Ulrich Thomas. So bestehe die Chance, dass eine wirtschaftliche Entwicklung beginne, „die uns endlich mal gestatten würde, einen ausgeglichenen Haushalt zu gestalten“. Die zu schluckende Kröte seien Windkraftanlagen; er sei auch kein Freund davon, so Thomas. Es sei aber auch nicht ausgeschlossen, dass eine Nachbarkommune solche Anlagen genau an der Gemarkungsgrenze aufstelle.

Nachdem der Stadtrat das Projekt grundsätzlich befürwortet hat - 20 Räte stimmten dafür, 9 dagegen, 4 enthielten sich -, soll nun ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan vorbereitet werden.